AZ FL-9494 Schaan | 112. Jahrgang Nr. 223 | Samstag, 6. Oktober 1990

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Versuch, mit anderen Staaten in kulturellen Vergleich zu treten

Offizieller Empfang der Regierung und des Kulturbeirates am Liechtenstein-Stand in der Frankfurter Buchmesse am Freitag

(G.M.) – Zu einem Treffpunkt für Verleger, Autoren und Liechtenstein-Kenner wurde am Freitag mittag der Liechtenstein-Stand in der 42. Frankfurter Buchmesse. Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille und der Kulturbeirat der Regierung hatten zu einem Empfang «rund um den Bücherberg« eingeladen. Unter den Autoren, deren Bücher am Liechtenstein-Stand ausgestellt sind, befanden sich Evi Kliemand und Heinrich Harrer, die – wie verschiedene Verleger – zu diesem Treffen nach Frankfurt gereist waren.

Am Freitag morgen wurde der Liechtenstein-Stand, der sich über mangelnde Frequenz interessierter Autoren, Verleger und Bücher-Kenner nicht beklagen kann, noch besser besucht als an den vorangegangenen Tagen, da erstmals auch das breite Publikum zur Buchmesse zugelassen wurde. Die Präsentation der Liechtenstein-Werke mit dem Bücherturm in der Mitte erregt inmitten der anderen Länderstände, obwohl flächenmässig bedeutend kleiner und bescheidener, erfreulicherweise eine grosse Aufmerksamkeit. Zahlreiche Kontakte sind zwischen den ausgestellten Liechtenstein-Büchern schon geknüpft worden, wobei das Beispiel eines mexikanischen Verlegers vor allem herausragt: Er interessiert sich für die Herausgabe der Bücher von Dr. Mario F. Broggi, die in der Schriftenreihe der CIPRA erschienen sind, in spanischer Sprache.

Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille bei seiner Ansprache beim offiziellen Empfang der Regierung und des Kulturbeirates am Liechtenstein-Stand in der Frankfurter Buchmesse. Links Klaus Vorpahl, stellvertretender Vorsteher des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels. (Bild: Roland Korner)

Vergleich mit anderen Staaten

Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille eröffnete die Ansprache am offiziellen Empfang mit einem Dank an den Kulturbeirat für dessen Initiative und Einsatz zur Schaffung dieser Ausstellung, die er als «kraftvollen kulturellen Impuls» wertete, der nach seiner Auffassung «sicher in mannigfacher Hinsicht seine Spuren hinterlassen» werde. Die Liechtenstein- Präsentation ist nach seinen Worten ein Versuch, mit anderen Staaten in einen kulturellen Vergleich zu treten. Mit berechtigtem Stolz könne man feststellen, fuhr Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille weiter, dass die Zielsetzung erreicht worden sei. Der Länderstand soll gemäss seinen Ausführungen «zu einem Ort der Begegnung und der geistigen Auseinandersetzung mit Staat und Gesellschaft von Liechtenstein werden.»

Der Bücherberg wird grösser

Klaus Vorpahl, stellvertretender Vorsteher des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels, wies in seiner Ansprache auf den Bücherberg hin, als einem Symbol für die erstaunlich hohe Zahl von Publikationen aus dem kleinen Land Liechtenstein. Er gab mit Blick in die Zukunft seiner Hoffnung Ausdruck, dass Liechtenstein in einigen Jahren wieder an der Frankfurter Buchmesse vertreten sein werde.

Wie Robert Allgäuer, Präsident des Kulturbeirates, zu dieser Frage erklärte, besteht die Vorstellung, wieder einmal die liechtensteinische Buchproduktion an dieser Weltmesse des Buches und der Verlage zu präsentieren. Interesse besteht nach seinen Worten auch für die Teilnahme an der Buchmesse in Genf, die seit einigen Jahren jeweils im Frühjahr stattfindet. Während der Buchmesse in Frankfurt wird der Liechtenstein-Bücherberg praktisch von Tag zu Tag grösser: Bereits sind zwei Werke über Rheinberger hinzugekommen. Am Donnerstag abend brachte Günter Graulich (Carus-Verlag) den 2. Band einer auf 52 Bände geplanten Gesamtausgabe des musikalischen Schaffens von Rheinberger am Liechtenstein-Stand vorbei. Am Freitag morgen legten Elisabeth und Hans-Josef Irmen die Neuerscheinung «Gabriel Josef Rheinberger und Franziska von Hoffnass – eine Musikerehe im 19. Jahrhundert» vor, die im Prisca-Verlag erschienen ist.

Liechtenstein und Frankfurt

Am Freitag abend gab Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille ein Essen für die Kulturvertretung der Stadt Frankfurt und die Vertreter der Buchmesse. In einer Tischrede hob er dabei die geschichtlichen Verbindungen zwischen Frankfurt und Liechtenstein hervor, die mit der Teilnahme Liechtensteins an der Nationalversammlung in der Paulskirche ihren Ausdruck fanden, und nun mit der Teilnahme an der Buchmesse auch auf dem kulturellen Sektor eine Ausweitung erfahren.

KOMMENTAR

«Jetzt an Ihrem Kiosk: Fürst Hans-Adam II., der Briefkastenonkel aus Zwieliechtenstein».

Nein, natürlich hat Liechtensteins Staatsoberhaupt weder Wohnsitz noch Beruf gewechselt. Beim vorerwähnten Zitat handelt es sich um nicht mehr und nicht weniger als ein Inserat, mit dem das zumindest bisher als renommiert geltende Schweizer Wirtschaftsmagazin «Bilanz»

«Der Briefkastenonkel aus Zwieliechtenstein»

für den Kauf seiner Oktober-Nummer wirbt. So weit so gut. Oder nicht. Man kann vom Niveau eines Presseproduktes (Die «Bilanz» über Schloss Vaduz: «Ein düsteres Gemäuer, in dem in der Schweiz wohl Schwererziehbare oder Asylbewerber untergebracht würden») und von Werbemethoden halten, was man will.

Zumindest fragen kann man sich aber, ob es sich das offizielle Sprachrohr einer Regierungsmehrheit tatsächlich leisten kann, derlei Inserate, in welchen sowohl das Staatsoberhaupt als auch der Name des Fürstentums Liechtenstein ins «Zwielicht» gezogen werden, auf einem Drittel Zeitungsseite und in grossen Lettern («Vaterland», 4. Oktober 1990) zu veröffentlichen. Offenbar hat man die Inserat-Einnahmen einer Ablehnung des Auftrags vorgezogen. Auch dies zeugt vom Niveau eines Presseproduktes. (M.)

Schweiz: Initiative zum EG-Beitritt

Bern (AP) Ungeachtet der EWR-Verhandlungen soll der Bundesrat einen Beitritt der Schweiz zur Europäischen Gemeinschaft (EG) forcieren. Eine Arbeitsgruppe aus 15 Vertretern des National- und fünf Mitgliedern des Ständerates hat am Freitag zum Abschluss der Herbstsession eine entsprechende parlamentarische Initiative eingereicht.

Die Ziele des Vorstosses entsprechen der «Euro-Initiative», die unter Federführung der Zeitschriften «Politik und Wirtschaft», »Bilanz» und «Bilan» am kommenden 23. Oktober lanciert werden soll. Die von Nationalrat Franz Jaeger (LdU/SG) präsidierte Arbeitsgruppe begründet ihr Anliegen damit, dass neben Österreich auch Schweden und Norwegen nach 1993 eine Vollmitgliedschaft in der EG anstrebten und die osteuropäischen Länder ebenfalls ihre Optionen anmeldeten. Dabei stehe ein «Beitritt um jeden Preis» nicht zur Debatte: Demokratie, Föderalismus, Vielfalt der Regionen, Verantwortung gegenüber der Umwelt, der Dritten Welt und für den Frieden seien unverrückbare Eckpfeiler. Die Schweiz könne sich nach Überzeugung der Initianten gesamteuropäisch nur dann wirkungsvoll für diese Ziele einsetzen, wenn sie Mitglied der EG sei und volle Mitwirkungs- und Mitentscheidungsrechte habe. Je früher eine Beitritt, desto besser könnte die Mitgestaltung ausgeübt werden. Befriedigende Lösungen sind gemäss den Initianten auch für die Landwirtschaft und die Freizügigkeit der Arbeitskräfte möglich. Der Bundesrat soll jährlich einen Zwischenbericht über die Verhandlungen vorlegen, zu deren Beginn sich das Volk bereits mit dem fakultativen Referendum äussern könnte.

Liechtensteinische Landesbank: Wachsender Bedarf an Eigenmitteln

Regierung stellte beim Landtag einen Antrag um Erhöhung des Dotationskapitals der Landesbank von 130 auf 160 Millionen Franken

(hoe) – **In der nächsten Landtagssitzung vom 24./25. Oktober 1990 wird sich das Parlament u.a. auch mit einem Bericht und Antrag der Regierung zu befassen haben, der auf die Erhöhung des Dotationskapitals der Landesbank und die gleichzeitige Aufnahme eines langfristigen Darlehens abzielt. Das derzeitige Dotationskapital soll um 30 Mio. Franken auf 160 Mio. Franken angehoben werden. Die Kapitalausweitung soll im Rahmen eines AHV-Darlehens mit 10jähriger Laufzeit in Höhe von 20 Mio. und aus dem vorhandenen Finanzvermögen des Staates (10 Mio.) finanziert werden.**

Grund zum Kapitalbedarf ist die deutliche Ausweitung des Geschäftsvolumens der Landesbank, deren Bilanzsumme jährlich steigt. Innerhalb von zwei Jahrzehnten hat sich die Summe der Aktiven verzehnfacht (von 603 Mio. auf derzeit über 6 Milliarden Franken). Die starke Zunahme der Bilanzsumme blieb nicht ohne Einfluss auf den Eigenkapitalbedarf. Dies führte zwangsläufig zur notwendigen Erhöhung des Dotationskapitals, welches im gleichen Zeitraum von 28 auf 130 Mio. Franken aufgestockt worden ist. Mit der Ausgabe von Partizipationsscheinen (PS) sind der Landesbank zusätzliche Eigenmittel in Höhe von 70 Mio. Franken zugeflossen. Der erneute kräftige Anstieg der Bilanzsumme in der 2. Jahreshälfte 1989 und im ersten Quartel 1990 (2,6 %) mache eine weitere Erhöhung des Dotationskapitals der LLB nötig, schreibt die Regierung an den Landtag.

Bilanzsumme und Eigenmittel

Gemäss Gesetz hat die Landesbank dafür zu sorgen, dass ein angemessenes Verhältnis zwischen ihren Aktiven, ihren Forderungen aus schwebenden Geschäften und ihren Regressforderungen aus Eventualverbindlichkeiten einerseits und dem Eigenkapital andererseits besteht. Dafür sind genaue Ansätze vorgeschrieben, die von der Landesbank permanent zu überwachen sind. Dass sich das ausgewiesene Eigenkapital der Landesbank im Verhältnis zum angestiegenen Geschäftsvolumen abgeschwächt hat, zeigt sich auch, wenn die eigenen Mittel (also Dotationskapital, Partizipationskapital, offene Reserven) an der Bilanzsumme gemessen werden. Während die Eigenmittel auf Ende 1987 noch 4,91 % der Bilanzsumme ausmachten, fiel dieses Verhältnis auf Ende des letzten Rechnungsjahres auf 4,54 % zurück. Durch die weitere Bilanzsummenzunahme im ersten Halbjahr 1990 sank der Anteil der offen ausgewiesenen Eigenmittel weiter auf 4,41 % ab. Für die Erfüllung des Eigenkapitals ist deshalb eine Erhöhung des Stammkapitals notwendig. Es soll – wie erwähnt – von 130 Mio. auf 160 Mio. Franken aufgestockt werden.

Mittelbeschaffung durch Darlehensaufnahme

Die Regierung unterbreitet dem Landtag den Vorschlag, die nötigen Geldmittel – entsprechend der bisherigen Praxis – durch die Aufnahme eines AHV-Darlehens in Höhe von 20 Mio. Franken mit zehnjähriger Laufzeit zu beschaffen. Der Restanteil von 10 Mio. Franken soll aus dem vorhandenen Finanzvermögen des Staates finanziert werden, welches dank der erheblichen Mehreinnahmen 1989 nach wie vor ein hervorragendes Niveau aufweist. Die AHV ist bereit, dem Land das gewünschte Darlehen zu einem Jahreszins von 6¼ % auf 1. November 1990 zur Verfügung zu stellen. Der Darlehensvertrag würde vorerst auf 5 Jahre abge-

(Fortsetzung auf Seite 2)

**STARK WIE IMMER,
IN BÜROMÖBELN,
BÜROGERÄTEN,
BÜROSYSTEMEN.**

büro marxer

BÜRO MARXER
Büro-Systeme AG
Im Alten Riet 38, 9494 Schaan, 075/2 01 70
Grünaustrasse 25, 9470 Buchs, 085/6 33 09

BIL baut neues Verwaltungsgebäude in Bendern

Unterzeichnung des Baurechtsvertrages zwischen Gemeinde Gamprin-Bendern und Bank in Liechtenstein

(mö) – Die Entscheidung ist gefallen: Die Bank in Liechtenstein AG, Vaduz, wird ihr neues Verwaltungsgebäude in Bendern bauen. Ein diesbezüglicher Baurechtsvertrag zwischen der Gemeinde als Grundeigentümerin und der BIL als Bauberechtigte ist bereits am 21. September 1990 unterzeichnet worden. Mit der Fertigstellung des Bankgebäudes, die frühestens für 1995 erwartet wird, werden die heute mehr als 200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die gegenwärtig in neun Mietobjekten rund um das Vaduzer Hauptgebäude ihre Arbeit verrichten, unter einem Dach untergebracht sein.

Gemäss Vertragswerk stellt die Gemeinde der Bank das Grundstück zwischen dem Industriekomplex und der Rheinbrücke im Ausmass von 4085 Klaftern im Baurecht zur Verfügung, das auf 99 Jahre abgeschlossen wurde, wie gestern an einem Pressegespräch in Bendern zu erfahren war.

(Näheres zu diesem Vertragsabschluss auf Seite 3 der vorliegenden Ausgabe.)

Am 21. September wurde der Baurechtsvertrag zwischen der Gemeinde Gamprin-Bendern und der BIL unterzeichnet. Von links: Vizevorsteherin Maria Marxer, Hans-Rudolf Aebi (Projektleiter), Vorsteher Lorenz Hasler, Verwaltungsratspräsident Dr. Egmond Frommelt und Generaldirektor Remo Hediger.

FÜHREND IN KONTAKT
LINSEN
federer
BRILLEN UND KONTAKTLINSEN
GRÜNAUSTR.1, 9470 BUCHS, TEL.085/62818